

B E S C H L U S S

über das Ergebnis der Sitzung des Kreisausschusses am 25.03.2026 im Sitzungssaal des Kreishauses in Euskirchen, Jülicher Ring 32

TOP 20

Haushaltssatzung 2026: Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gemäß § 55 Kreisordnung NRW

V 68/2026

Herr Grutke, Bündnis 90/Die Grünen, erläutert, dass die Formulierung der Verwaltungsergänzung (Z 1) auf volle Zustimmung seiner Fraktion treffe. Es werde sich jährlich sehr intensiv mit den Anliegen der kreisangehörigen Kommunen auseinandergesetzt, sowohl auf politischer Ebene als auch der innerhalb der Verwaltung.

Der Kreisausschuss empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Der Kreistag beschließt:

Die Stellungnahme der Städte und Gemeinden wird zur Kenntnis genommen. Der Kreistag beschließt über die damit eingereichten Einwendungen der Städte und Gemeinden wie folgt:

1. SpARBEMÜHUNGEN, ENTWICKLUNG DER KREISUMLAGE UND Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger

Es ist das grundsätzliche Ziel des Kreises, die Umlagen so niedrig wie möglich festzusetzen. Auch der Kreistag betrachtet die angespannte finanzielle Situation aller kommunalen Ebenen mit großer Sorge.

Alle Ebenen sind aufgerufen, durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung die Lasten für die Bürgerinnen und Bürger möglichst gering zu halten. Für den Kreis Euskirchen ist auch mit Blick auf den Landesvergleich festzustellen, dass dies über vielfältige Bemühungen und Konsolidierungsanstrengungen bisher gelungen ist. Gleichwohl ist und bleibt dies eine Daueraufgabe, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Prägend für die Entwicklung der Kreisumlage sind äußere Zwänge, die die kreisseitigen Einsparbemühungen unterlaufen: die Belastung der Umlagen durch den sozialen Sektor (Abt. Soziales, Jugend und Landschaftsumlage) ist erheblich und auch dynamischer als viele andere Aufwendungsarten gestiegen.

2. Stellenplan und Stellenentwicklung

Dem Ansinnen, auch den Stellenbedarf des Kreises kritisch zu prüfen, wird entsprochen.

Der Stellenzuwachs der vergangenen Jahre und auch im Haushalt 2026 resultiert aus intensiv geprüften Stellenbedarfen, die der Entwicklung der Aufgabenfülle folgen.

3. Mittelfristige Planung und globaler Minderaufwand

Dem Ansinnen, auch in der Finanzplanung 2027 bis 2029 einen globalen Minderaufwand zu veranschlagen, wird gefolgt.

Die Ermittlung der Haushaltsansätze erfolgt gewissenhaft, kritisch und an der Realität orientiert. Sie ist nicht von Übervorsicht oder Worst-case-Denken geprägt. Der Haushalt des Kreises Euskirchen unterliegt naturgemäß haushaltswirtschaftlichen Schwankungen und Risiken.

4. Drohverlustrückstellung

Das der Stellungnahme zugrundeliegende Missverständnis wurde in der Bürgermeisterkonferenz aufgeklärt. Es ist festzuhalten, dass die Drohverlustrückstellung aufgrund des Vorliegens gesetzlicher Tatbestände gebildet und bereits wieder teilweise aufgelöst wurde, mithin ein sachlicher Grund vorgelegen hat.

5. Eigenkapital

In der Bürgermeisterkonferenz wurde bereits darüber aufgeklärt, dass das Eigenkapital in der Bilanz zum 31.12.2023 zu mehr als der Hälfte aus der Ausgleichsrücklage besteht, die in den Folgejahren vollständig zur Kreisumlagesenkung eingesetzt wurde und daher für eine weitere Inanspruchnahme nicht mehr zur Verfügung steht. Bei der Höhe der Allgemeinen Rücklage ist zudem zu berücksichtigen, dass diese – dem Wunsch der Bürgermeister folgend – um die CUIG-Bilanzierungshilfe vermindert wird.

Die verbleibende Allgemeine Rücklage ist – auch im Verhältnis zur Eigenkapitalquote der Städte und Gemeinden – sehr gering. Sie dient der Abfederung von Haushaltsrisiken im Rahmen der Jahresabschlüsse und wird daher nicht planerisch eingesetzt.

Die Einschätzung, dass es sich um eine „komfortable Eigenkapitalausstattung“ handelt, wird nicht geteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig